

Alternative für Deutschland Niederschrift des Landesparteitags Bayern in Nürnberg am 9.-10.6.2018

Beginn der Veranstaltung um 11:20 Uhr
Stimmberechtigte Mitglieder: 358

TOP 1: Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung

Die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung werden durch Herrn Martinichert, Landesvorsitzender der AfD Bayern, festgestellt.

Gegen die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit gibt es keinen Einwand.

TOP 2: Wahl des Versammlungsleiters und der stellvertretenden Versammlungsleiter

Versammlungsleiter

Herr **Christoph Basedow** wird als **Versammlungsleiter** gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Erster stellv. Versammlungsleiter

Herr **Wolfgang Wiehle** wird als **erster stellvertretender Versammlungsleiter** gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Zweiter stellv. Versammlungsleiter

Herr **Reimond Hoffmann** wird als **zweiter stellvertretender Versammlungsleiter** gewählt. Er nimmt die Wahl an.

TOP 3: Wahl der Protokollführer, der Wahlleitung und der Zählkommission

Protokollführer

Frau **Iris Wassill** wird als **Protokollführerin** für diese Versammlung gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

Herr **Wolfram Schubert** wird bei eigener Enthaltung als **Protokollführer** für diese Versammlung gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Mandatsprüfungskommission

Herr Martin Schmid wird als Mandatsprüfungskommissionsverantwortlicher gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Wahlleiter

Als (1) **Wahlleiter** wird Herr **Matthias Vogler** gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Als (2) **stellv. Wahlleiter** wird Herr **Andreas Füssel** gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Wahl der Zählkommission – (Dr. Gauland trifft ein.)

Die weitere **Zählkommission** wird wie folgt besetzt und einstimmig gewählt: Martin Hebner, Matthias Mackeldey, Josef Kreitmeier, Uwe Rast, Oliver Multusch, Heike Ückert, Andreas Gschwind, Nadja und Gerhard Fuchs, Rüdiger Imgart, Frau Heidmeier, Frau Pelz.

Sämtliche Kandidaten der Zählkommission nehmen die Wahl an.

Antragskommission:

In die **Antragskommission** werden **Dr. Anne Cyron, Michael Meister** und **Ulrich Singer** gewählt. Sie nehmen die Wahl an.

Die Verwendung der elektronischen Stimmgeräte wird bei sieben Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

TOP 4: Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnung

Antrag: TOP neun vor TOP fünf ziehen, bzw. streichen von TOP 9a und 9b, der Wahl eines Spitzenkandidaten – weiterer Antrag: Wahl am Sonntag um zehn Uhr unter Unterbrechung des jeweiligen Punktes – weiterer Antrag: Nichtbefassung mit TOP 9

Antrag auf Ende der Debatte

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Antrag auf Nichtbefassung und Streichung von TOP 9 von der TO

Gegenrede: formal

Abstimmung: Mehrheitlich so beschlossen.

Antrag: Aussprache zum Schatzmeisterrücktritt auf TO setzen

Gegenrede: in Satzung steht die Dringlichkeit nicht drin. Zwei Wochenfrist laut Satzung. GO steht unter der Satzung. Keine Erweiterung der TO auf diese Weise möglich. TOP elf nach vorne ziehen als Sonstiges Teil eins. Nur Information, kein Beschluss gewünscht.

Antrag (präzisiert): Einfügen der Aussprache zum Schatzmeisterrücktritt als Teil von „Sonstiges“ als TOP sieben, falls Schatzmeister da, sonst bleibt dieser neue TOP kurz vor TOP elf. Schatzmeisterbesprechung dann.

GO-Antrag: Ende der Rednerliste

Gegenrede: formal

Beschluss: Rednerliste geschlossen

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Antrag: Sonderprüfung unter TOP elf – Beschluss gewünscht

Gegenrede: Ist unmöglich.

Antrag: Ende der Debatte

Gegenrede: formal

Beschluss: so beschlossen.

Antrag: mit zwei Drittel Mehrheit so beschlossen, neuer TOP Sonderprüfung kommt nach Aussprache zum Schatzmeister. Dieser wird nach dem Punkt zur Schatzmeisteraussprache verortet. So beschlossen. Nach diesem TOP kommt ein neuer TOP.

Antrag: Neuwahl Schatzmeister

Gegenrede:

Beschluss: mit drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen **mit Zwei-Drittel-Mehrheit so beschlossen.**

Antrag: Dies als TOP zehn

Beschluss: so beschlossen.

Antrag: TOP 13 vorziehen - Mitgliederparteitag auf TOP 6

Beschluss: so beschlossen

Antrag: TOP 7 Rede von Dr. Gauland sofort nach TO-Besprechung

Beschluss: so beschlossen

Antrag: Unterbrechung TOP 4 der Versammlung für die Abhaltung der Rede Dr. Gauland

Beschluss: so beschlossen

Rede wird gehalten, TOP 5 damit abgearbeitet.

Abstimmung über TOP 4:

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie beraten so beschlossen.

Antrag zur GO: Gäste sollen unten sitzen können, vor allem die Helfer und Nicht-Mitglieder, die als Kandidaten für die AfD tätig sind.

Gegenrede: Stimmungsmacher sollen draußen bleiben.

GO-Antrag auf Schluss der Debatte

Gegenrede: Bändchenregelung ist sinnvoll und dient der Unterscheidung beim Abstimmen.

Beschluss: Ende der Debatte so beschlossen

Beschluss: Die Gäste müssen oben bleiben, dürfen nicht unten sitzen, mehrheitlich so beschlossen.

TOP 6 **Beschluss, den nächsten LPT als Mitgliederparteitag abzuhalten**

Antrag: Beschluss, den nächsten LPT als Mitgliederparteitag abzuhalten

Rede: keine

Beschluss: Ja, bei vier Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Antrag auf Zugang für Franz Bergmüller.

Rede: Der Spitzenkandidat soll aufgrund der Wichtigkeit unten sitzen.

Gegenrede: Gästeregulation soll gelten.

GO-Antrag auf Ende der Debatte:

Beschluss: so beschlossen

Beschluss: Mehrheit lehnt Antrag ab.

TOP 7: Einfügung einer Regelung zur Wahl der Delegierten zur Europawahlversammlung in die Satzung

Antrag: Die Satzung bedarf der Änderung, die Europadelegierten genauso nach dem Verfahren wie für die Bundesdelegierten zu wählen.

(Antragstext wurde als „Antrag zu TO-Punkt 5“ versandt)

Rede: Regelung fehlt bislang in Satzung

Gegenrede: keine zur Sache

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit wird erreicht.

TOP 8 Sonstiges (Schatzmeister)

Sturm ist noch nicht da 13.30 Uhr . Diskussion, ob TOP 9 nun besprochen wird oder ob der ganze Komplex verschoben wird. Einstieg in Programmdebatte, dann dranbleiben, nicht mehr unterbrechen.

Antrag: Schluss der Debatte

Gegenrede:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Antrag: wir fangen mit 8, 9, 10 an, wenn Ex-Schatzmeister kommt.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

TOP 12 Beratung und Beschluss des Wahlprogramms für die Landtagswahl

Versammlungsleiter fragt, wie begonnen werden soll. Mit dem Vorschlag LPK-Programm oder mit dem JA-Komplettersetzungsantrag. Was soll als Diskussionsgrundlage genommen werden?

Rede: LPK hat einen GO-Antrag erstellt, wie mit dem Leitantrag verfahren werden soll. Der Entwurf ist nicht optimal und eine Nachbearbeitung ist erforderlich. Soll aber als Grundlage benutzt werden und kapitelweise verglichen und beschlossen werden. Ähnlich Verfahren wie bei Bundesprogramm.

Gegenrede: LPK-Vorschlag ist nicht als Grundlage geeignet.

Rede: Es gab schon öfter von eigenen Gruppen Vorschläge, aber Vorgehen der LFAs ist das System, die JA hätte in den LFAs mitmachen sollen. LFAs hatten zu wenig Zeit zum arbeiten und waren auch nicht mehr beschlussfähig wegen diverser Parteiveranstaltungen. Vier Entscheidungsebenen zu durchlaufen war zu langatmig. Es ist notwendig, dass sich alle zusammensetzen und anschließend das Programm konsolidieren. Appell, die JA soll in die LFAs gehen.

GO-Antrag auf Schluss der Debatte:

Gegenrede: länger diskutieren bitte

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt, die Diskussion geht weiter.

Rede: LFAs haben sich viel Arbeit gemacht, ein Gremienänderungsantrag aus dem Nichts heraus, macht all die Arbeit zunichte. Großes Lob an JA, aber die LFAs werden in Frage gestellt, wenn nicht deren Arbeit gewürdigt wird. JA soll mit ins Redaktionsteam gehen.

Gegenrede: Kurzes und knackiges Programm wird erwartet, das leistet der Entwurf der JA. Nur

dieses hat ein Inhaltsverzeichnis.

Antrag auf Schluss der Debatte

Beschluss: Mehrheit für Ende der Debatte.

Antrag: mit elektronischen Stimmgeräten abstimmen

Beschluss: so mehrheitlich beschlossen elektronisch abzustimmen

Antrag: Unterbrechung von 20 Minuten wird beantragt, damit das Programm der JA gelesen werden kann.

Gegenrede: Reicht nicht.

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Information des Sachverständigen zu den Stimmgeräten. Es wird zur Probe mehrfach abgestimmt. Gültige Stimmen sind allein Ja- und Nein-Stimmen. Enthaltungen zählen nicht mit.

Abstimmung nun über die Varianten, LPK und JA-Entwurf als Grundlage für die Diskussion zum Programm.

Ergebnis: 171 für LFA-Vorschlag, 121 für JA-Entwurf, 23 Enthaltung

Antrag: Erneute Abstimmung, Ende der Debatte war Überschrift beim Abstimmungsbild, evtl. missverständlich.

Beschluss: 183 für LFA-Vorschlag, 128 für JA-Vorschlag, 13 Enthaltungen.

Nun wieder zu verschobenem TOP

GO-Antrag: Ausschluss der Öffentlichkeit

Gegenrede: Die Angelegenheit wird sowieso rausgetragen und wir sind für Transparenz.

GO-Antrag: Schluss der Debatte

GO-Beschluss: so beschlossen, Debatte wird beendet.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt, die Öffentlichkeit bleibt drin.

Antrag: zurück zur TOP 8 Sonstiges (Schatzmeister)

Stellungnahme des Schatzmeisters erfolgt von 14.38 Uhr bis 15.34 Uhr. Katrin Ebner-Steiner nimmt Stellung, Martin Sichert nimmt Stellung. 15.53 Uhr. Fragen und weitere Stellungnahmen Martin Hebner, etc.

GO-Antrag: Schluss der Redeliste

GO-Antrag: Schluss der Debatte

Gegenrede: weiterer Gesprächsbedarf

Beschluss: Mehrheitlich Ende der Debatte, so mehrheitlich beschlossen.

Antrag auf Nutzung der Stimmgeräte wegen Zweifel an den Mehrheitsverhältnissen.

GO-Beschluss: 129 dafür 106 dagegen 10 Enthaltung – Debatte ist beendet.

TOP 9 Dringlichkeitsantrag von Herrn Haas: Sonderprüfung

Antrag: Der BuSM wird aufgefordert, durch einen Revisor das Buch- und Rechnungswesen des Landesverbandes der AfD Bayern entsprechend § 13 IV Finanz- und Beitragsordnung zu prüfen.

Aufforderung an den BuSM einen internen Revisor einzusetzen. BuVo muss Zeitraum bestimmen

und Bericht an LPT geben. Kosten trägt der BuVo.

GO-Antrag: Schluss der Debatte

Gegenrede: noch ist nicht klar, wie weit es gehen sollte, Präzisierung ist nötig.

GO-Beschluss: Ende wird mehrheitlich beschlossen.

Änderungsantragichert: Textänderung: „Bundeswirtschaftsprüfer“ soll prüfen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt

Ergänzungsantrag Haas mit „unabhängiger Prüfer“

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Ergänzungsantrag Themel: Auftrag an BSM einen vereidigten SV zu beauftragen

Beschluss: Mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag: Prüfungszeitraum ab 2017.

Beschluss: so abgelehnt.

Änderungsantrag: Prüfungszeitraum ab 1.1.2015.

Beschluss: so beschlossen

GO-Antrag: Ende der Debatte

Gegenrede nein

GO-Beschluss: so beschlossen.

Antrag: Der BuSM wird aufgefordert, durch einen unabhängigen Revisor das Buch- und Rechnungswesen des Landesverbandes der AfD Bayern entsprechend § 13 IV Finanz- und Beitragsordnung ab 1.1.2015 prüfen zu lassen.

Beschluss: so beschlossen mit wenigen Gegenstimmen.

TOP 10 Präzisierung des § 3 III FBO auf § 10 IV FBO des Bundesverbandes

Der Bundesschatzmeister verlangt diesen Beschluss, damit die Finanzierung für die Wahlkampfzeit gesichert ist und der Bund gleichzeitig die Sicherheit erhält, dass die ausgelegten Kosten auch wieder vom LV Bayern zurückgezahlt werden können. Das Geld kommt jedem Kreisverband zugute, indem verbilligte Plakate und Schulungen und Flyer günstig zur Verfügung gestellt werden können.

Antragsbegründung: Die dem LV zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem. § 10 Abs. 4 Finanz- u. Beitragsordnung der AfD werden zwischen dem Landesverband und seinen Untergliederungen aufgeteilt. Konventsmitglied hat Geld mühsam eingeworben. Sollte angefordert werden, damit Kreise Geld kriegen. Die Kreise sollen das Geld erhalten in Form von Subventionierungen.

Gegenrede: Vollendete Tatsachen bezüglich Wesselmänner. Begrenzung auf diese Wahl soll in den Text. Verzicht auf Mittel soll nicht ständig bleiben. Bayern hätte nur auf 900 TEUR Anrecht. 400 TEUR gibt es mehr durch die o. g. Regelungsänderung. Den Kreisen wird das Geld vorenthalten. Überschuss verbleibt im LV? Fünf Jahresbeträge zur Rückzahlung.

GO-Antrag: Schluss der Debatte

Gegenrede: Da sind noch Themen. Es geht um einen Kredit aber nicht um einen Zuschuss.

GO-Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Verfahrensantrag: Stimmgeräte benutzen

Beschluss: so beschlossen, Abstimmung mit Stimmgeräten

Ergänzungsantrag: Der Anteil, der aus der staatlichen Parteienfinanzierung aus der Wahlkampfkostenerstattung zur Landtagswahl nicht zur Rückzahlung des Darlehens des Konvents benötigt wird, wird gemäß demselben Schlüssel wie die dem Landesverband aus fließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung verteilt. Die dem LV zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem. § 10 Abs. 4 Finanz- u. Beitragsordnung der AfD werden zwischen dem Landesverband und seinen Untergliederungen aufgeteilt.

Beschluss: 195 dafür 61 dagegen 10 Enthaltung damit ist der Antrag mit über zwei Drittel der Stimmen angenommen worden.

TOP 11 Neuwahl Schatzmeister

Kandidatenvorschläge: Misha Bößenecker, Christian Müller, Andreas Kropp

Wahlverfahren: Einzelwahlverfahren, Akzeptanzwahlverfahren, Vorschlag des Versammlungsleiters auf Einzelwahlverfahren:

Beschluss: Einzelwahl so mehrheitlich beschlossen

Wahlmodalitäten: Vorstellung fünf Minuten, drei Minuten

Beschluss: drei Minuten mehrheitlich so beschlossen

Fragen: drei, 30 Sekunden Frage und je Antwort eine Minute, Vorschlag: keine Fragen. Plus Standardfragen nach vorheriger Parteizugehörigkeit und warum sich Kandidat berufen fühlt, Qualifikation.

Beschluss: drei Fragen so beschlossen.

Vorgabe: Fragen werden per Los bestimmt und über die Mitgliedskarten gezogen.

Beschluss: per Los wird beschlossen.

Beschluss: Pflichtfragen sind zu beantworten, so beschlossen

Vorstellung **Misha Bößenecker** stellt sich vor und beantwortet Fragen.

Vorstellung **Andreas Kropp** stellt sich vor und beantwortet Fragen.

Vorstellung **Christian Müller** stellt sich vor und beantwortet Fragen.

Verfahren bzgl. der Abstimmung. Da der anwesende Fachmann kein unabhängiger Stimmgeräteexperte ist, muss per Wahlzettel abgestimmt werden. Wahlordnung lässt elektronische Stimmgeräte ohne Befragung eines unabhängigen Experten nicht zu, ansonsten ist die Wahl ungültig.

GO-Antrag: Schluss der Debatte

GO-Beschluss: so beschlossen.

Auf Antrag wird die Zählkommission um folgende 5 Mitglieder erweitert:

Stephanie Raduk, Kai Kircher, Rafael Hauptmann, Ingo Hahn, Oskar Lipp.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Antrag zur GO-zwei Anträge seien bei der Erarbeitung der TO nicht behandelt worden: von KV Mühldorf (Multusch) und zur Finanzordnung LV Bayern von KV TS (Fellner).

Gegenrede 1: Stimmt, aber der Antrag von Herrn Multusch ist zu spät gekommen, in falschen Briefkasten eingeworfen worden. Die Hausanschrift der Landesgeschäftsstelle ist öffentlich nicht bekannt, Zustellung ist dort unmöglich.

Gegenrede 2: Anderer Antrag zur FO nicht pünktlich eingereicht, zur Satzung ist anderer LPT zuständig.

Rede: Anträge wurden vor vier und fünf Wochen besprochen. Anträge sind wichtig. Antrag
Fellner ist im Antragsbuch eingegangen.

Eine abschließende Klärung zu diesen Anträgen erfolgt an dieser Stelle nicht.

Wahlergebnis zwischen den Kandidaten: Bößenecker, Kropp, Müller

Bößenecker 68

Kropp 21

Müller 208

Abgegebene Stimmen: 313, drei Enthaltungen, Quorum 156, 13 Nein-gegen-alle.

Christian Müller ist als neuer Schatzmeister gewählt und nimmt die Wahl an.

GO-Antrag: Beendigung des Parteitages, nein, Vertagung der restlichen Punkte auf morgen.

Gegenrede: Nein, Programm anfangen.

Antrag auf elektronische Abstimmung so beschlossen.

Beschluss: mehrheitlich vertagt mit 110 zu 62 Stimmen und 4 Enthaltungen.

Ende für heute um 19.17 Uhr.

Wiedereröffnung des Parteitages am 10.6.2018 um 10.40 Uhr.

TOP 12 Beratung und Beschluss des Wahlprogramms für die Landtagswahl

Verfahrensantrag von LPK Nr. 1: Das Programm muss beschlossen werden, dies wird zeitlich nicht möglich sein. Zum einen kann ein Teil besprochen werden und in einem anderen Parteitag (Variante a) weitergearbeitet werden. Eine andere Möglichkeit wäre, nur Leitlinien zu beschließen und die finale Bearbeitung des Textes wird von einem Gremium aufbereitet (Variante b).

Gegenrede: Es liegen viele Änderungsanträge vor, die Wortmeldungen müssen systematisiert werden, dann wird einfach angefangen und falls man nicht fertig wird, kann später noch überlegt werden, wie es weitergeht.

Die redaktionelle Arbeit kann nicht vom Parteitag geleistet werden, es muss geklärt werden, wer das dann tut.

Stand Antragskommission: 40 Sammelanträge, 56 Einzelanträge, weitere Unter- und Sammelanträge, die noch nicht eingearbeitet werden konnten. Zuordenbare Anträge sind behandelbar, die anderen nicht. Redaktionsteam kann Endfassung erstellen.

Alle Anträge sollen den Mitgliedern wieder vorgelegt werden, denn LPK soll es nicht inhaltlich endgültig behandeln dürfen.

LPK-Vorschlag soll nicht am Schluss behandelt werden, dies war die Hauptarbeit der Parteiinstitution LPK.

GO-Antrag: Schluss der Rednerliste

Beschluss: so beschlossen, drei noch.

Verfahrensantrag: Nicht Aufgabe eines Landesparteitages, die Endfassung zu beschließen,

anfangen.

Antrag: Verfahrensfragen nach hinten verschieben und anfangen. Ja – dann a b, Nein = anfangen

Beschluss: Verfahrensfragen jetzt zu behandeln mit Mehrheit so beschlossen.

Antrag: Behandlung des Programmes auf einem weiteren LPT

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Antrag: Behandeln des Programms ohne Diskussion von Textdetails, es werden nur die Leitlinien abgestimmt, den konkreten Text macht ein Gremium redaktionell fertig.

Beschluss: so beschlossen

Antrag: Texte sollen per Mitgliederbefragung bestätigt werden.

Antrag auf Abstimmung per elektronischem Stimmgerät.

Beschluss: dafür 103 dagegen 101 Enthaltung 4 –

Antragichert: Priorisierung der Kapitel durch die Anwesenden, dann für die ersten vier Kapitel je 40 Minuten, drei á 30 Minuten, Rest á 20 Minuten mit Rede Antragsteller, dann Stellungnahme LFA, dann je zwei dafür und zwei dagegen, Redezeit jeweils eine Minute.

Gegenrede: Werner Meier will den Kapiteln mit viel Umfang Priorität einräumen.

Meister schlägt vor Priorisierung anhand Anzahl – Kapitel mit meisten Anträgen sollen zuerst behandelt werden.

Werner Meier ändert Antrag ab, dass Antrag von Michael Meister übernommen wird.

Aussprache: Verfahrensanträge von Meier und Meister sollen angenommen werden, weil sinnvoll.

Meier: Priorisierung wie von Meister vorgeschlagen durchführen

Sichert: der Reihe nach durchgehen

Elektronische Abstimmung wird beschlossen.

Antrag: Vorgehen nach Vorschlag von Martin Sichert

Beschluss: dafür 99 dagegen 98 Enthaltung 10 – so beschlossen.

Also wird nun aus Pool der Kapitel eine Priorisierung durch die Versammlung vorgenommen. Fünf Stimmen hat jeder zur Verfügung, die auf die 15 Themen verteilt werden können.

Abstimmung wird abgebrochen, weil ein Punkt neu eingefügt werden soll. Nun wird die Präambel als weiterer Punkt aufgenommen.

Die elektronische Abstimmung ergibt folgende Reihung:

Kapitel 2 - Recht und Inneres

Kapitel 3 - Ende der „Herrschaft des Unrechts“

Kapitel 4 - Schutz der Familie

Kapitel 6 - Differenziertes und leistungsorientiertes Bildungssystem

Kapitel 1 - Demokratie und Staatsverständnis

Kapitel 15 - Sozialpolitik für Bayern und Augenmaß

Kapitel 9 - Energiepolitik für Bayern

Kapitel 14 - BayernWohnraum und Wohnen in Bayern

Kapitel 12 - Mittelstand (Platzhalter)

Kapitel 7 - Umwelt und Verbraucherschutz

Kapitel 4 - Starke Finanzen für Bayern – Freistaat

Kapitel 8 - Gesundheitspolitik für Bayern

Kapitel 13 - Verkehrssteuerung mit gesundem Menschenverstand

Kapitel 11 - Leben in Bayern

Präambel

Kapitel 10 - Hightechland Bayern

Zehn Minuten Pause, damit Anträge gestellt werden können zu erstem Kapitel.

Wiedereröffnung um 11.52 Uhr.

Kapitel 2: „Recht und Inneres“

Verfahrensantrag: Schließen der Antragsannahme, weil LFA schon monatelang tagte.

Gegenrede: JA-Programm ist gut und es sollen weitere Anträge gestellt werden.

Antrag: Schließung der Antragsannahme um halb eins, JA-Antrag wurde gestern abgelehnt.

Beschluss: Schließung der Antragsannahme mehrheitlich so beschlossen.

Diskussion der Arbeitsweise der LPK gewünscht.

Einwand: Steht nicht auf der TO – damit wird auf Bereitschaft der Antragskommission gewartet.

12.20 Uhr, 12.32 Uhr immer noch Pause.

GO-Antrag: Punkt 13 vorziehen.

Gegenrede: Nein, wir fangen jetzt an – Nachziehen von Anträgen zwischendrin.

Problem ist, Anträge liegen dem Präsidium nicht vor. Die Antragskommission hat nicht geliefert.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

TOP 13 Sonstiges

Antrag von Frau Fischbacher etc. wurde vergessen. Steht nicht auf TO, es kann diskutiert werden und dann kann ein **Stimmungsbild** eingeholt werden.

Inhalt: Nur Parteimitglieder, die als Kandidaten für BT und LT auftreten, sollen finanziell und in anderer Hinsicht Unterstützung von der AfD erhalten.

GO-Antrag: Nichtbefassung

Gegenrede: Das ist widersprüchlich.

GO-Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Alle gewählten Kandidaten sollen in gleicher Weise unterstützt werden. Da Ressourcen begrenzt sind, sollen Ressourcen nur Parteimitgliedern zugutekommen. Außenwirkung ist fraglich. Es geht um die AfD, welche alle Kandidaten unterstützen wollen. Es bestehen Bedenken, dass die Nicht-Mitglieder unter den Kandidaten, der AfD später den Rücken kehren. Antragstellerin ist verbal angegriffen worden.

Verfahrensantrag: Redezeit eine Minute

Gegenrede: formal

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Alle Kandidaten sind von AfD-lern gewählt worden, sie sind also genauso zu unterstützen.

GO-Antrag: Ende der Debatte

Gegenrede: Angriff auf Antragstellerin

GO-Antrag: Antragsteller darf nicht GO-Antrag stellen, da er schon zum Thema gesprochen hat

Verfahrensantrag: Abstimmung per elektronischem Weg

Gegenrede: man will weiter reden

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen – elektronische Abstimmung

Ende der Rednerliste

Antrag auf Ende der Debatte:

Gegenrede: weiterreden

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Abstimmungstext wird beanstandet. Text wird geändert auf: Antrag von Fr. Fischbacher u. a..

Stimmungsbild: dafür 125 dagegen 85 Enthaltung 6 – 210 nahmen teil, der Antrag wird laut Stimmungsbild mehrheitlich abgelehnt.

TOP 12 Beratung und Beschluss des Wahlprogramms für die Landtagswahl - Wiederaufnahme um 13.00 Uhr (Fortsetzung Kapitel 2 „Recht und Inneres“)

LFA 5 Was soll zuerst behandelt werden? Vorschlag: LPK-Antrag als erstes.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Antrag zu 2. Punkt 2.1 soll besprochen werden.

Frau Plickert stellt Änderungsantrag vor: Islam- geändert werden soll die Reihenfolge der Feststellungen und diverse Formulierungen. Vieles zu ergänzen.

Diskussion: nicht gewünscht.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Änderungsantrag Dr. Gehring betrifft ganzes Programm: Die anderen Parteien werden im Wahlprogramm benannt – soll rausgenommen werden.

Diskussion: nein

Beschluss: mehrheitlich so angenommen.

Änderungsantrag von Martin Sichert: Extremistische Organisationen dürfen nicht unterstützt werden.

Diskussion: nein

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Änderungsantrag von Johannes Huber: Vier Punkte aus JA-Programm aufnehmen, keine flächendeckende Videoüberwachung, Neufassung von PAG muss besprochen werden, Vorgehen gegen Krawallmacher aus der linken Szene, Bußenterror stoppen.

Gegenrede: Unterstützung

Verfahrensantrag – jeder Punkt einzeln abstimmen.

Beschluss: so abgelehnt.

Diskussion: Punkt 2 nicht gut – Plakate sagen, Polizei stärken, Polizei nicht verärgern.

Beschluss: Annahme mehrheitlich beschlossen.

Änderungsantrag von Manfred Schmidt: Härtefall-Kommission muss aufgelöst werden bzgl. Asylthema.

Diskussion – keine

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag von Victor Zander: 2.1.5 Doppelpassinhaber ist doppeltes Wahlrecht, ist

gegen 3 III GG. Streichung 1.2 Gewaltenteilung „Unabhängige Selbstverwaltung der Justiz“

Diskussion: Bundesthema, aber inhaltlich richtig. Kritische Worte stehen drin.

LFA-Sprecher: LFA5 betroffen. Doppelte Staatsbürgerschaft ist nicht verfassungswidrig.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag von LFA5 selbst:

Doppelte Staatsbürgerschaft – Abschiebung straffälliger Ausländer und abgelehnter Asylbewerber.

Ist zwar auch Bundeskompetenz, sollte aber ins Landesprogramm kommen.

Diskussion: es gehört rein, weil es wichtig ist – Bundesratsthema,

Verfahrenshinweis: sieben Unterpunkte – über was stimmen wir ab?

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Änderungsantrag Hr. Norgall: Streichung aus Programm – die Forderung nach Verbot der Knabenbeschneidung.

Gesetzgeber soll Eltern entscheiden lassen.

Diskussion: Körperverletzung ist vom Staat erlaubt worden, wir sollten dagegen sein;

Ablehnen des Antrags – Kindeswohl steht über Recht der Eltern.

Verfahrensantrag: Keine versteckten Inhalte in Anträgen drin bitte.

Gegenrede: Gesammeltes stammt aus langmonatiger Arbeit.

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Änderungsantrag Joseph Pfaffinger: Islam gehört nicht zu Bayern – Änderungen – lange Abhandlung über Islam.

Verfahrensantrag: Automatische Ablehnung von Anträgen, die der Antragsteller nicht selbst vorstellen kann.

GO-Antrag auf Nichtbefassung mit dem Antrag.

Gegenrede: Mitten in Diskussion

GO-Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Änderungsantrag Martin Sichert: Aufklärung und harte Hand statt falscher Toleranz Moscheen müssen geschlossen werden können. Verweigerung der deutschen Staatsbürgerschaft für Gefährder.

Diskussion: Plickert dagegen, weil dazu im vorher beschlossenen Antrag alles drin ist, was hier drin ist.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Änderungsantrag Martin Sichert: Jede Straftat konsequent zu verfolgen, v. a. illegale Einwanderung.

Diskussion: LFA kann es gerne aufnehmen, konsequente Verfolgung von Kirchenasyl – gehört nicht zum Thema.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag von Christian Paulwitz: Streichung 2.6 Wiedereinführung des Bayerischen Bundesgrenzschutzes – weil es eine Nebelkerze ist. Die Einwanderer sollen einfach nicht mehr versorgt und zurückgewiesen werden.

Diskussion: Es gab mal eine. Verbesserte Schleierfahndung von Söder aufdecken. Verwirrung der Wähler – im BT-Wahlkampf war von AfD die Wiedereinführung verlangt worden.

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Schlussabstimmung über das Kapitel in der geänderten Fassung: mit großer Mehrheit angenommen.

13.47 Uhr.

Kapitel 3: „Herrschaft des Unrechts“

Änderungsantrag von 3.2 LFA will selbst ändern: 3.2 Enge Zusammenarbeit mit Bayerns Nachbarländern – c ändern bzgl. Angleichung der Asylleistungen im europäischen Nachbarumfeld.

Diskussion: Thema ist EU- und Bundesthema, Gefahr für Kandidaten – Wir haben aber viele Nachbarn und sollten Position beziehen. Kein europäischer Staat soll für Merkel gerade stehen. Freistaat kann souverän bestimmen.
Antrag auf elektronische Abstimmung.

GO-Antrag: Beendigung des LPT

Gegenrede: Weitermachen, soweit wie möglich. Es kommen zügige Sachen, bitte solche GO-Anträge unterlassen.

GO-Antrag: Ende der Debatte

GO-Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Beschluss: Änderungsantrag so beschlossen. 95 dafür, 79 dagegen und 16 Enthaltungen.

Änderungsantrag LFA1 zu Fluchtursachenbegrenzung innerhalb Europas. Gewährung von Schutz begrenzen.

Diskussion: Nur noch Flüchtlinge innerhalb Europas anerkennen, kein anderer Herkunftsort wird anerkannt.

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Antrag, dass Kapitel mit restlichen Punkten so übernommen werden soll.

Beschluss: so beschlossen.

Uhrzeit: 14.05

Kapitel 5: „Schutz der Familie“

Änderungsantrag Paulwitz: Streichung 5.2 Unternehmen helfen Eltern – Sinn: Widerspruch zum Grundsatzprogramm ausmerzen.

Diskussion:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag Paulwitz: 5.3 streichen und echte Wahlfreiheit ermöglichen. Von einem Gehalt muss man leben können – Abschnitt widerspricht Grundsatzprogramm – Kern des Problems nicht erkannt. Verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte fortgeführt.

Diskussion: Abgabeminderung ja, aber Unterstützung bis es so weit ist.

Antrag auf elektronische Abstimmung angenommen.

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt – 100 dagegen 69 dafür, 14 Enthaltungen.

Änderungsantrag Placek: Ergänzung zu Punkt 5 Kulturelle Förderung von Familien mit Kindern.

Diskussion: Hilft den Flüchtlingsfamilien, Anreiz für mehr Zuwanderung. Wähler von SPD abziehen. Bisschen Förderung, deutsche Identität, nicht Richtung FDP gehen.

Beschluss: mehrheitlich so abgelehnt.

Kapitelschlussabstimmung:
Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Uhrzeit: 14.14

Kapitel 6: „Differenziertes und leistungsorientiertes Bildungssystem“

Änderungsantrag von Elena Roon: 6.1.2 soll geändert werden, Schicksal der Heimatvertriebenen sollen im Programm erscheinen.

Diskussion: keine

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag Paulwitz: Titel des Kapitels ändern – Wertigkeit andersherum

Diskussion: Über Langtexte noch nicht mal gesprochen worden. Redaktionelle Änderungen, bitte nicht hier erörtern. Vorsicht – Umstellung bedeutet Gesamtschulprinzip!

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Verfahrensantrag: Die Befassung von Änderungsanträgen, die LFA-Sprecher gegen ihren eigenen LFA stellen, wird abgelehnt.

GO-Antrag: Nichtbefassung mit Paulwitz-Antrag:

Gegenrede – formal.

GO-Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Änderungsantrag von Birghan: „durch die Landesverfassung“ – Änderung des Textes

Diskussion: keine

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag von Birghan: Ersatz von Textteilen zu Rolle totalitärer Staat, Darstellung der nationalsozialistischen Zeit.....

Diskussion: Redaktionelle Angelegenheit – es ist eine inhaltliche Änderung –

GO-Antrag auf Nichtbefassung: mehrheitlich abgelehnt.

Diskussion: Streichung der Passagen, weil nicht Thema der AfD – unzulässige Äußerung.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Uhrzeit 14.28

Änderungsantrag von Birghan: Textänderung Schule mit Courage – Anti-AfD –

Indoktrinationsnetzwerk abschalten.

Diskussion: nein

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag Birghan: Weitere Verbeamtung von Lehrern abschaffen. Hoheitliche Aufgabe nicht in Bildungswesen der Fall. Lehrer sind nicht neutral.

Diskussion: Schule ist hoheitlicher Auftrag. Streikrecht darf nicht sein– Schule muss funktionieren.

Leistungsprinzip gilt für Lehrer. Beamte werden beurteilt und Fortschreiten der Dienstaltersstufen ist von Leistung abhängig. Neutralität der Lehrer – sollen nicht indoktriniert werden. Kosten zu hoch für Beamte. Kinder sind völlig ausgeliefert. Schlanker Staat.

Elektronische Abstimmung wird beschlossen.

Beschluss: mehrheitlich angenommen – dafür 101 dagegen 91, 6 Enthaltungen

Änderungsantrag Birghan: Musikunterricht – soll intensiviert werden.

Diskussion: Programm gibt es in NRW schon – keinen dort interessiert es. Musiklehrerin rät davon ab, Ursache ist Qualitätsverfall des Musikunterrichts. Singen sollen sie wenigstens. Unterschiedliche Begabungen der Schüler. Disziplin wird gestärkt. Kulturgut wird gefördert, anders als der Islam.

Elektronische Abstimmung

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt – 97 dagegen, 86 dafür, 4 Enthaltungen

Änderungsantrag Birghan: Ferienbetreuung. Staat soll Ferienbetreuung durch Lehrer anbieten, Nachhilfe für schwache Schüler.

Diskussion: Staat soll sich nicht in die Feriengestaltung der Kinder einmischen. Eher kommunales Problem. Es gibt schon Ferienbetreuung. Eltern, die beide arbeiten müssen, haben ein privates Problem.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag Birghan: Vermeidung von Unterrichtsausfall. Lehrer müssen ausreichend eingestellt werden.

Diskussion: Hauptursache, weil Exkursionen gemacht werden – großes Ausmaß, so dass Unterricht ausfällt. Lehrer machen Überstunden. Moscheebesuche abschaffen. Nicht auch noch Illegale unterstützen mit Deutschunterricht – bitte abschieben.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag Paulwitz: Wettbewerb im Bildungssystem, Wahl der Bildungseinrichtungen am Wohnsitz – freie Wahl – gegenseitig. Weg von Sprengelzwang.

Diskussion: keine

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Änderungsantrag Paulwitz: Privatschulen – Mindestniveau ist nötig – finanzielle Gleichbehandlung. Erhalten Zahlungen verzögert – Elterninitiativen kommen in Schwierigkeiten.

Hausunterricht

Diskussion: Ablehnung Teil 1 – sollen privat getragen werden – eher privat zahlen. Homeschooling wer kann das denn bitte leisten? Kein Mensch. Abschaffung der Schulpflicht führt zu Koranschulbesuch von Moslems.

Verfahrensantrag: Getrennt abstimmen.

Gegenrede formal.

Beschluss: Getrennt zu behandeln wird beschlossen.

Elektronische Abstimmung wird gewünscht.

Erster Teil: Privatschulen/Wettbewerb im Bildungssystem

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt, bei 91 dagegen, 86 dafür und 7 Enthaltungen

Zweiter Teil: Homeschooling

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

40 Min zu Ende

Schlussabstimmung zu diesem Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

14:48 Uhr

Kapitel 1: „Demokratie und Staatsverständnis“

Änderungsantrag Kuchlbauer: Forderung aufnehmen Feindstaatenklausel soll gestrichen werden.

Diskussion: Diverse

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt, Mehrheit wird angezweifelt

Nun elektronische Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt mit 71 dafür 110 dagegen 5 Enthaltungen

Änderungsantrag Kuchlbauer: Bundesregierung wird aufgefordert eine Volksabstimmung über unsere Verfassung durchzuführen.

Diskussion: Bundesthema, andere Probleme als das GG, wo Eliten dran sind, besteht Gefahr, dass sie mehr streichen. Abstimmung wurde nie durchgeführt. Linksgrüne Ideologie droht in Verfassung einzufließen. Als Partei des Volkes sollten wir das fordern. Freie Selbstbestimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag Wolfgang von Eyb: Unabhängige Justiz, Migranten sollen keine Nachsicht mehr erhalten. Staatsanwälte müssen unabhängig sein. Streichung eines Satzes im Programm nötig. LFA nahm Satz rein Unabhängigkeit soll doch im Text ausgedrückt werden.

Diskussion: Gewaltenteilung – Exekutive ist zu mächtig. STA ist verlängerter Arm der Justizminister. Also muss STA der Politik entzogen werden. Richterbund hat das so empfohlen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Unterkapitel 1.5. „Trennung von Staat und Religion“

Änderungsantrag Manfred Schmidt: Kündigung der Staatskirchenverträge, Wegfall der Geschäftsgrundlage. Kirchenasyl zeigt, dass sich die Kirchen nicht ans Recht halten.

Diskussion: Jetzt kein Thema im Moment, kein Racheakt. In Bayern kann das Wähler kosten.

Kulturkampf. Kirchen sind AfD-Gegner – Amtskirchen sind ein Problem. Kann Stimmen erhalten.

Beschluss: mehrheitlich so angenommen.

Änderungsantrag Manfred Schmidt: Kirchenasyl muss ins Programm – die Kirchen verhalten sich verfassungs- und rechtswidrig. LFA5-Leiter sagt: Es ist so, kein Staat im Staat.

Diskussion: keine

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Alle anderen Anträge zum Unterkapitel 1.5. konnten wegen der abgelaufenen Befassungszeit nicht mehr behandelt werden.

Schlussabstimmung über Kapitel – Demokratie und Staatsverständnis

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 15: „Sozialpolitik für Bayern mit Augenmaß“ – 30 Minuten ab 15.28 Uhr.

Änderungsantrag Paulwitz: Änderung zu 15.1 Streichen der „Bayernrente“ – den jungen Leuten soll keine Zusatzlast aufgebürdet werden. In Diskussionen im LFA haben es befürwortet. Finanzierung aus Zahlungen an andere Bundesländer.

Diskussion: Hintergedanke war, dass von den Bayern 35 Mrd. Euro im Jahr in den Länderfinanzausgleich gezahlt werden, aber die Bayern haben die niedrigsten Renten und die höchsten Lebenshaltungskosten. Wir wollen Gelder investieren – Falschbehauptung. Gelder sind bereits vorhanden und müssen ohne Gegenleistung an Bund abgeführt. Bayerntourismus von Rentnern wird ausgelöst.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:
Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 9: „Energiepolitik“

Keine Anträge vorhanden.

Beschluss: Kapitel Energiepolitik mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 14: „Wohnraum, Wohnen in Bayern“ – ab 15.35 Uhr.

Änderungsantrag von Paulwitz: Ablehnung von Subventionsmonster – Bayern Wohnraum ist ordnungspolitisch falsch.

Diskussion: Streichen bitte, weil mit staatlichem Geld die Preissteigerung verschleiert wird.
Politisches Signal – soziale Probleme – Wohnraum ist elementar. Wohnungsnot ist ein zentrales Thema, da muss etwas dagegen unternommen werden.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Anträge, die der LFA 10 zusammen mit anderen redaktionellen Hinweisen eingereicht hat, sind redaktioneller Art.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:
Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 15.39 Uhr

Kapitel 12 (Platzhalter): „Bayerns Mittelstand – Rückgrat unseres Wohlstands“

Änderungsantrag Meister: Bayerns Mittelstand – Rückgrat unseres Wohlstands Unternehmer sollen unterstützt werden. Zuständige LFAs – 3 und 10 mit erstellt.

Diskussion: keine

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Kapitel 12 Platzhalter – Bayerns Mittelstand – Rückgrat unseres Wohlstands beendet.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 7: „Verbraucherschutz Wertschätzung und Pflege unserer kulturellen Wurzeln“

6.1.2 Änderungsantrag Teil des LFA : Bestimmte Themen sind zu ergänzen. In

Mitgliederabstimmung haben 82 % zugestimmt. War im LFA abgelehnt worden.

Diskussion: Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von Praktikern erstellt, gute Basis gegen CSU. Keine Enteignung der Bauern. Industrie soll Platz zum Ansiedeln haben, Thema ist langweilig.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen

Antragsänderung Kuchlbauer: Gegen invasive Arten. Große Schäden in Landwirtschaft verursacht – muss ins Programm. LFA meint im Programm stünde dass Verdrängung heimischer Arten waren – vier Seiten Text – alles geschrumpft. Wird zu lange.
Diskussion: Nur begrenzt Platz, Naturschutz ist wichtig. Konkrete Artbeschreibung ist besser. Vermeidung chemischer Keule. Zu detailliert.
Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Antragsänderung Herbert Müller: Anbindehaltung in Milchviehbetrieben weiter erhalten muss in den Text rein.

Diskussion: Bekennung zur Traditionellen Landwirtschaft. Änderungen weit fortgeschritten.
Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Antragsänderung Paulwitz: Streichung zweier Abschnitte und Ersatz durch neuen Text – Hegegedanke soll eingefügt werden – Jagdthema. Rehe werden in Staatsforsten als Schädlinge bekämpft – in Privatwäldern wird gehegt. Schäden durch Kormorane und Wölfe – Ausgleich – Bauern – Naturschutz.

Diskussion: FDP hatte Anfrage gestellt, ob Kinder noch im Wald spielen dürfen. Bundesregierung meinte, es gab keine Wolfsgefahr angeblich. In Griechenland wurde eine Touristin von Wölfen gerissen. Regulierung muss möglich sein.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

16.05 Uhr – Block zu Ende.

Schlussabstimmung über das Kapitel Umwelt- und Verbraucherschutz

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 4: „Starke Finanzen für Bayern“

Antragsergänzung Paulwitz: Neuer Text: Eigentumsschutz stärken, Zwangsanleihen werden überdacht, könnte kommen. Wir müssen darauf hinweisen und Bayerische Bürger schützen.

Diskussion: Verschwörungstheorien – Zwangsanleihen unlogisch. Natürlich sind Zwangsanleihen möglich – Eigentumsquote unter fünfzig Prozent – staatlicher Zugriff im Fall des Eurocrashes ist zu verhindern. Bundesthema. Siehe Griechenland – alle werden zur Kasse gebeten.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Paulwitz: Bayernfond soll gestrichen werden – neues Monstrum, das Steuerverschwendung institutionalisiert. Chinesen kaufen hier Firmen ein, ziehen Know-How ab und Arbeitsplätze gehen später verloren. Biersteuer soll das finanzieren.

Diskussion: Sozialismus und EZB-Politik im Kleinen dagegen. Saufen für Bayern – Problem – Gesundheit. Versteckte Subventionierung – entgegen der freien Wirtschaft, die die AfD propagiert. Wir dürfen Wettbewerb so nicht verzerren. Steuer wird ohnehin erhoben. Bayrisches Geld muss in Bayern bleiben. Populistischer Titel. Norwegen macht es auch mit so einem Fond, der funktioniert.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 73 für Streichung, 69 dagegen, 12 Enthaltungen

Antrag Jurca: 4.8.1 Text aufnehmen. Abschaffung Zwangsmitgliedschaft in IHK etc.

Diskussion: Qualitätsstandard bleibt hoch durch diese Abgabe. Beiträge machen 0,001 % des Umsatzes aus – 200 Euro im Jahr. Schädigt den Unternehmer nicht. Man kriegt als Unternehmer nichts raus. Für Ausbildung und Beratung wichtig. Viele Meisterbetriebe sind verloren gegangen. Qualität geht zurück. Das verhindert die IHK.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Elektronische Abstimmung, weil Mehrheitsverhältnisse angezweifelt werden.
Beschluss: mehrheitlich so beschlossen, 88 dafür 52 dagegen, 12 Enthaltungen

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 16.26 Uhr

Kapitel 8: „Gesundheitspolitik für Bayern“

Antrag Sidamgrotzki: Nummerierung nach Eingang. Krankenhäuser Änderungsanträge gegenüber Leitantrag mitnehmen. Textliche Änderungen – nichts inhaltlich. Vier Seiten – Reihung wurde verändert und zwei Anträge wurden aufgenommen – Erhalt von KH und ärztlicher Versorgung.

Diskussion: strittige Punkte – wie Aufwertung von Heilpraktikern. Mitglieder habe es so bestimmt, JA soll sich in LPK engagieren oder in den LFAs.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 16.35 Uhr

Kapitel 13: „Verkehrssteuerung mit gesundem Menschenverstand“

Antrag von Eyb: Widerspruch 13.5 autonomes Fahren – ergänzen in 8.9 geforderte Abklärung der Risiken dies erlaubt. Förderung des Mobilfunknetzes 5G

Diskussion: Technologisch stellen wir uns ins Abseits in Europa Mobilfunknetz ist in Gesundheitsteil ein Widerspruch drin, weil dort Netz als gefährlich bezeichnet wurde. Es gab Studien, dass es höhere Risiken gibt, als bekannt. Risiken abklären gehört nicht ins Programm. Satz ist eine Blamage. Opfer gibt es immer. Es gibt immer Risiken – Bremse reinsetzen als Partei.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Anträge, die der LFA 10 zusammen mit anderen redaktionellen Hinweisen selbst eingereicht hat, sind redaktioneller Art.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 16.41 Uhr

Kapitel 11: „Leben in Bayern“

Antrag Herr Knaus: Förderung der bayrischen Gastronomie. Erleichterungen nötig Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 %, Kultur erhalten. Gegen das Rauchverbot etc. Verbesserung der Ausbildung.

Diskussion: Gastwirtschaften sind Kulturgut – müssen erhalten bleiben. Gewinn muss möglich sein, sonst geht es nicht. Bürokratieabbau nötig. Rauchverbot ist ein wirtschaftlicher Faktor. Wenn alle Rauchen – Kneipe – ist beliebt. Rauchverbot dort ist Existenzrisiko. Rauchverbot wurde von den Bürgern so beschlossen.

Verfahrensantrag; Abtrennung der Abstimmung über Punkt 4. Nach Gegenrede mehrheitlich beschlossen.

Antrag eins

Antrag zwei

Antrag drei

Beschluss – alle drei so beschlossen.

Antrag vier – Rauchen -

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt, da das Rauchverbot per Volksentscheid beschlossen worden ist und dieser Beschluss der bayerischen Bürger von der AfD Bayern auch so respektiert wird.

Antrag Martin Sichert: Einfügung – Stärkung des Vereinslebens und des Brauchtums – hoher Verwaltungsaufwand schadet den Traditionen. Dorffeste müssen möglich bleiben, es soll nicht an Vorschriften scheitern. Ehrenamt muss erhalten bleiben und gestärkt werden.

Diskussion: LFA10 Infrastruktur – keine Ahnung wo es dazu gehört. Gerne aufnehmen da drin. Es geht um die Sicherheit – gleicher Hygienestandard. Seuche auf Festen holen – Gesundheitsauflagen, Mogelpackung. Verwaltungstechnik – Finanzierung der Vereine erfolgt durch diese Feste. Gemeinschaft muss gefördert werden. Thermometer – wie warm ist die Torte – was ist mit Allergikern – Feuerwehrautos.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 17.00 Uhr

Abstimmung über die vorgelegte Präambel

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 17.02 Uhr

Antrag Hr. Rudolph : Erweiterung der Präambel Franken, OBB, Altschwaben

GO-Antrag auf Nichtbefassung

GO-Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Antrag Manfred Schmidt: Partei des Gemeinwohls – ohne Rücksicht auf egoistische Interessen- und Lobbygruppen – **dieser Text statt Präambel.**

Diskussion: Wir sind keine Sozialisten - alles schon im Programm drin. Nichts Bayrisches drin. Formulierung sei nichtssagend.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 17.04 Uhr

Kapitel 10: „Hightechland Bayern“

Nur redaktionelle Änderungen, die der LFA 10 zusammen mit anderen redaktionellen Hinweisen selbst eingereicht hat.

Schlussabstimmung für dieses Kapitel:

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen. 17.08 Uhr

GO-Antrag: Sofortige Beendigung des LPT

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Verfahrensantrag: Wahl eines neuen Vorsitzenden der LPK. LPK-Chefs soll sich eine neue Leitung wählen, um das zu überarbeiten. Personalentscheidung kann hier nicht getroffen werden.
Nur Stimmungsbild ist möglich.

Gegenrede: Nein, nur noch Redaktionsteam macht es fertig. Keine LPK mehr involviert.

GO-Antrag: Ende der Debatte

Gegenrede: Arbeit könnte entwertet werden.

Elektronische Abstimmung ist gewünscht.

GO-Beschluss: so beschlossen mit 82 dafür zu 69 dagegen 5 Enthaltungen.

Beschluss: so beschlossen – mit 91 dafür zu 59 dagegen 12 Enthaltungen.

Antrag: Schlussabstimmung über die Leitlinien des Programms

Elektronische Abstimmung ist gewünscht.

Beschluss: mehrheitlich so beschlossen mit 131 zu 31 und 8 Enthaltungen.

Antrag: Das Ergebnis wird nun redaktionell verändert. Vorschlag für Redaktionsteam: Meister, Miazga, Kaliwoda, Bayerbach mit allen LFA-Sprechern – sollen es fertig machen bis in zwei Wochen.

Diskussion: Prozedere wurde beschlossen – Mitgliederbefragung – und Bayerbach im Redaktionsteam nicht gewünscht. Befragung soll elektronisch durchgeführt werden. 18.6. weitere Sitzung LPK war geplant. Nicht mit gleichen Leuten weiter stricken. Lieber später und gut. Warum keine Einbindung der JA. Einbindung wäre doch gut? Mitgliederbefragung hätte nur bei übrig gebliebenen Punkten stattgefunden. Es geht nur noch um redaktionelle Änderungen. Inhaltliche Abstimmung ist heute hier erfolgt.

Nur Punkt Mitgliederbefragung ist noch strittig. Fass nicht nochmal öffnen. Leute sollen später mal mitarbeiten. Mitglieder hatten keine Zeit zum anschauen. JA hat Programm in zwei Wochen erstellt. Nicht nochmal abstimmen, wenn Mitglieder zu faul sind, um zum LPT zu kommen.

Verfahrensantrag: Umdeutung des Antrages? Zeitnahes Rausschicken oder nochmal eine große Diskussionsrunde und dann nochmal eine Mitgliederbefragung ergibt im August ein Programm. Wir haben inhaltlich diskutiert – kleines Redaktionsteam für sprachliche Sauberkeit – Entscheidungen getroffen – erneute Mitgliederbefragung – Ergebnis – nochmal – es soll heute so stehen bleiben und Ende.

Nur noch ins Redaktionsteam und nochmal Abstimmung LPK

GO-Antrag: Schluss der Rednerliste

GO-Antrag: Schluss der Debatte

Gegenrede: fehlen noch Argumente

GO-Beschluss: abgelehnt, die Debatte zu beenden.

Beschluss: Rednerliste wird geschlossen.

Fehlende demokratische Legitimierung des JA-Programms? Nein, LPK sei nicht demokratisch. Man ist durchgekommen mit dem Programm – Entwurf lag zugrunde. Redaktion muss noch erfolgen. JA-Papier – inhaltlich nicht gut. Heilung durch Aufnahme der JA ins Redaktionsteam. Fünf von 16 Punkten nur hier. Wir müssen uns beeilen, damit wir mit Wahlkampf anfangen können. Sichert statt Bayerbach ins Redaktionsteam. Abstimmung heute früh – Mitgliederabstimmung war knapp. Klärung – nur ein LPT – kann beschließen – Redaktionsteam dient nur noch der Schönheit. Mitgliederbefragung zur Kontrolle, ob das so gelingt. Mitglieder sollen wachsam sein. Online-Abstimmung – kein Nein war möglich – dies aufnehmen. Angst vor Vermerkung der Partei – Wesen des Antrags zur Änderung der Finanzordnung. Sichert hätte schon vorgehabt, die

Mitgliederbefragung abends zu kippen. Ohne Mitgliederbefragung ist alles heute erarbeitete hinfällig. Wir sind eine demokratische Partei und wir müssen Kompromisse schließen. Antrag Sichert unterstützen – Entwicklung. Es steckt viel Arbeit drin und es ist gut es jetzt zu haben. Sichert antwortet auf Vorwurf – erst Programm durchgehen, dann Maßnahmen am Ende beschließen. Es war geplant, am Ende nochmal zu sehen, wie es weitergeht. Kompromissvorschlag – weil Debatte gut war und er will mit Ergebnis raus. Ohne Bayerbach soll Redaktionsteam sein, dann Einverständnis.

Antrag: Beratung in Redaktionsteam
Beschluss: mehrheitlich so beschlossen.

Antrag: Wer soll ins Team – Meister, Kaliwoda, Miazga, Bayerbach, alle LFA-Chefs, JA-Mitglied, nur für redaktionelle Änderungen.

Gegenrede: Vorschlag – Felix Thiessen und Jens Kachelmann sollen für JA ins Redaktionsteam gehen. LPK kann doch zusammenarbeiten.

Antrag : LPK soll sich das Redaktionsteam selbst wählen unter Einbezug der JA.

Antrag Sichert modifiziert: Austausch Thiessen und Kachelmann gegen Bayerbach.

Antrag: Reduzierung des Redaktionsteams um die LFA-Chefs.

Antrag auf Auflösung aller LFAs.

Antrag: Claudia Marino rein ins Redaktionsteam.

Antrag: Raus mit den LFA-Chefs, weil es nur um die Form geht, zwei Mal.

Antrag: Kompromissantrag – Redaktionsteam – JA statt Bayerbach

GO-Antrag: Ende der Rednerliste.

GO-Beschluss: Mehrheitlich so beschlossen

Diskussion: GO der LPK wird nicht beachtet – es muss ein kleines Team sein, das die Aufgabe gut erfüllt. Meister und Kaliwoda am geeignetsten. Die Fehler kamen aus den LFAs- darauf wurde hingewiesen. Sichert wollte, dass die LFA-Chefs nur zum Thema hinzugezogen werden.

Antrag: Germanisten hinzuziehen. Keine LPK und LFA-Mitglieder rein. Nur Redakteure.

Präzisierung Sichert: LFAs nur zum jeweiligen Bereich hinzuziehen; bis in zwei Wochen ein finales Programm erstellen.

Ergänzung Sichert: Enger fassen – LFA-Chefs dürfen nur inhaltliche Überwachung durchführen. Änderungen nur durch das Redaktionsteam.

Antrag Team drei Varianten:

Var. 1: Redaktionsteam wird per Wahl durch LPK bestimmt:

Beschluss: Mehrheitlich abgelehnt.

Var. 2: LPK und Meister Kaliwoda Thiessen Kachelmann Miazga

Beschluss: Mehrheitlich abgelehnt.

Var. 3: LFA und Meister Kaliwoda Thiessen Kachelmann Miazga
Elektronische Abstimmung ist gewünscht.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt mit 66 dafür zu 73 dagegen, 1 Enthaltung

Var. 4: Meister Kaliwoda Thiessen Kachelmann Miazga

Beschluss: Mehrheitlich so beschlossen.

Antrag: Redaktionsteam soll Entwurf in zwei Wochen vorlegen.

Beschluss: Mehrheitlich so beschlossen.

Antrag: Reihenfolge entsprechend heutiger Reihenfolge

Beschluss: Mehrheitlich so abgelehnt.

Ende- des TOP 12 Beratung und Beschluss des Wahlprogramms für die Landtagswahl

TOP 13 Sonstiges (Rest)

Dank an alle.

Es gab ein Bergmüller-Treffen gestern Abend. Es erfolgt eine Diskussion hierüber.

Es wird nochmals über das Thema Paypalkonto diskutiert, das der zurückgetretene Schatzmeister aufgeworfen hatte.

Antrag auf ein Stimmungsbild – die JA möchte, dass ihr Wahlkampfbzuschuss wieder auf 20 TEUR gesetzt wird.

Die Abstimmung ergibt, dass sich eine Mehrheit dafür ausspricht.

Schlusswort von Martin Sichert.

TOP 14 Singen der Hymnen

Die deutsche Nationalhymne wird gesungen.

Das Bayernlied wird gesungen.

Die Versammlungsleitung **beendet die Versammlung um 18.48 Uhr.**

im Original gezeichnet, für das Protokoll

Das Tagungspräsidium



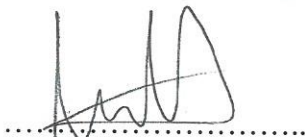
Basedow



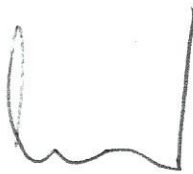
Wiehle



Die Protokollführung



Wassill



Schubert

Anhänge: Ergebnisbilder der elektronischen Abstimmungen.